

Globale Gallagher-Richtlinie zur Bekämpfung von Bestechung

Juni 2023



Gallagher

Insurance | Risk Management | Consulting

FAQ

Was sind Beispiele für Bestechung?

Zu Bestechungsgeldern können auch indirekte Vorteile zählen, wie etwa:

- ein Familienmitglied eines Regierungsbeamten einzustellen, um sich im Rahmen einer Ausschreibung die Unterstützung des Regierungsbeamten zu sichern
- an die bevorzugte Wohltätigkeitsorganisation eines Regierungsbeamten zu spenden, um sich die Unterstützung oder Anerkennung des Regierungsbeamten zu sichern
- eine Staatsdienerin/einen Staatsdiener für ihre bzw. seine Stimme oder Entscheidung zu bestechen
- eine Zahlung an verbundene Dritte für Dienstleistungen zu bezahlen, die wir nicht erhalten
- Entscheidungsträger oder ihre Familien großzügig zu bewirten
- wichtigen Entscheidungsträgern im Unternehmen eines Kunden oder dessen Familienmitgliedern kostenfreie oder vergünstigte Versicherungskonditionen anzubieten

Kann Gallagher Regierungsbeamten oder ihren Familienmitgliedern Praktikumsplätze anbieten oder sie einstellen?

Nein, es sei denn, dies wird vorab seitens der Compliance-Abteilung genehmigt.

Die Personalentscheidungen von Gallagher müssen auf der Grundlage von objektiven Kriterien und legitimen geschäftlichen Interessen getroffen werden. Gallagher kann Regierungsbeamten bzw. ihren Familienmitgliedern keine Anstellungen oder Praktika (bezahlt wie unbezahlt) anbieten, um Einfluss auf den Regierungsbeamten zu erlangen oder sich einen anderen unzulässigen Vorteil zu verschaffen.

Wenn ein Regierungsbeamter Gallagher im Zusammenhang mit einer Personalentscheidung einen Vorteil verspricht oder nachteilige Maßnahmen androht, ist Ihnen untersagt, die Personalentscheidung zu treffen und Sie müssen umgehend die Compliance-Abteilung informieren.

Kann Gallagher Politiker oder Kandidaten für politische Ämter finanziell unterstützen?

Nein. Die Vermögenswerte und Gesellschaftsmittel von Gallagher dürfen nicht für den Wahlkampf oder andere politische Zwecke verwendet werden. Außerdem dürfen Mitarbeiter, leitende Angestellte und Direktoren keine Rückerstattungen von Gallagher für Zuwendungen an Kandidaten für politische Ämter auf Bundes-, Landes-, Regional- oder kommunaler Ebene oder andere politische Kandidaten, politische Parteien, politische Aktionskomitees oder politische Interessengruppen verlangen.

„Regierungsvertreter“ bezeichnet in Hinsicht auf eine in- oder ausländische Regierung oder internationale Organisation zum Beispiel:

- öffentliche Stellen;
- leitende Angestellte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Behörden und Institutionen, die überwiegend im Besitz der Regierung sind;
- leitende Angestellte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von wirtschaftlichen Unternehmen, die überwiegend in staatlichem Besitz oder unter staatlicher Kontrolle sind;
- leitende Angestellte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von öffentlichen Stellen;
- Personen, die eine Regierung in amtlicher Funktion vertreten;
- Politikerinnen und Politiker sowie Kandidaten für politische Ämter;
- leitende Angestellte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder Vertreter öffentlicher internationaler Organisationen wie der Weltbank oder der Vereinten Nationen;
- Jede Person, die von einer Regierung bevollmächtigt ist, Regierungsaufgaben auszuüben, einschließlich Privatpersonen, die vorübergehend für oder im Namen einer der Vorgenannten in amtlicher Funktion agieren (z. B. Berater im Auftrag einer Regierungsbehörde).

Eine **„öffentliche Stelle“** ist (a) eine Landes-, Staats- oder Gemeinderegierung oder (b) eine Abteilung, Behörde oder ein anderes Instrument einer Landes-, Staats- oder Gemeinderegierung.

Kann Gallagher an eine Wohltätigkeitsorganisation spenden, an der ein Regierungsbeamter oder ein Geschäftspartner beteiligt ist?

Es kommt darauf an. Gallagher spendet für wohltätige Zwecke, wenn die Mittel einer redlichen wohltätigen Organisation zugute kommen, und Gallagher erwartet keinen Vorteil als Gegenleistung.

NUR FÜR DEN INTERNEN GEBRAUCH

Gallagher untersagt Spenden für wohltätige Zwecke in folgenden Fällen:

- wenn sie einem Regierungsbeamten oder einem Geschäftspartner einen persönlichen Vorteil verschaffen oder verschaffen sollen;
- wenn sie darauf abzielen, Gallagher einen unzulässigen Vorteil zu verschaffen;
- wenn ein Regierungsbeamter oder eine geschäftliche Gegenpartei einen unzulässigen Vorteil verspricht oder eine Drohung ausspricht, falls die Spende nicht getätigt wird;
- wenn die Spende an eine Einzelperson und nicht an eine offiziell eingetragene Wohltätigkeitsorganisation geht.

Weitere Informationen finden Sie in der [G&E Richtlinie](#) und im Handbuch zur Finanzrichtlinie ([Spenden und Zuwendungen](#)).

Was sind Schmiergeldzahlungen?

Schmiergeldzahlungen sind gemäß den Gesetzen vieler Länder unzulässig und werden von Gallagher grundsätzlich untersagt. Im Allgemeinen werden Schmiergelder einem Beamten gezahlt, um die Erledigung einer sogenannten „nichtdiskretionären Aufgabe“ zu beschleunigen. Eine solche Aufgabe wird früher oder später erledigt, da sie in den Aufgabenbereich des Beamten fällt, wobei die Erledigung allerdings über einen Zeitraum von Wochen oder sogar Monaten verzögert werden könnte. Die Zahlung wird also zur Beschleunigung des Erledigungsprozesses getätigt.

Dazu zählt unter anderem:

- eine höhere Summe anzubieten als die üblicherweise für die Beantragung eines Visums zu bezahlende, um die Bearbeitung zu beschleunigen und sicherzustellen, dass der Antrag rechtzeitig für eine Reise abgearbeitet wird
- einem Bauinspektor eine zusätzliche Eilgebühr anzubieten, damit dieser einer frühzeitigen Eröffnung eines Gebäudes zustimmt

Was sind Warnhinweise auf Bestechung und Korruption?

Ein Warnhinweis ist eine Gegebenheit, ein Vorkommnis oder eine Reihe von Umständen oder andere Informationen, die auf ein potenzielles rechtliches Problem im Zusammenhang mit rechtswidrigen oder unethischen Geschäftspraktiken hinweisen, insbesondere im Hinblick auf korrupte Praktiken und die Nichteinhaltung von Anti-Korruptionsgesetzen. Diese sind nicht vollständig und können für sich genommen keinen Gesetzesverstoß darstellen oder auf einen solchen hinweisen. Wir vertrauen darauf, dass Sie uns sofort benachrichtigen, wenn Sie einen dieser Warnhinweise erkennen, damit die Compliance-Abteilung und die Rechtsabteilung eine Einzelfallprüfung vornehmen und die geeignete Vorgehensweise festlegen können.

Sie sollten die Compliance-Abteilung immer unverzüglich benachrichtigen, wenn Sie im Zusammenhang mit einem aktuellen oder potenziellen Drittvertreter (Third Party Representative, „TPR“), Kunden, Versicherer, Rückversicherer oder einem anderen Geschäftspartner davon Kenntnis erhalten. Diese Personengruppen bezeichnen wir gemeinsam als die „Geschäftspartner“.

WARNHINWEISE

- Ein TPR ist im Besitz eines Regierungsbeamten (oder eines ehemaligen Regierungsbeamten).
- Der Geschäftspartner hat eine schlechte geschäftliche Reputation, beispielsweise aufgrund von Berichten über verdächtiges, unethisches oder rechtswidriges Verhalten des Geschäftspartners oder seiner Vertreter oder Mitarbeiter.
- Der Geschäftspartner ist in der Vergangenheit bereits wegen unzulässiger Zahlungspraktiken aufgefallen, z. B. durch frühere oder laufende formelle oder informelle Ermittlungen von Strafverfolgungsbehörden oder frühere Verurteilungen.
- Andere Unternehmen haben ihre Geschäftsbeziehungen zum Geschäftspartner wegen unangemessenen Verhaltensweisen gekündigt.
- Die Geschäftsbeziehung wird in erster Linie wegen der Verbindungen zu Regierungsbeamten aufrechterhalten.
- Ein Regierungsbeamter oder ein Familienmitglied oder enger Mitarbeiter eines Regierungsbeamten empfiehlt einen TPR oder bittet, drängt, besteht darauf oder verlangt, dass ein bestimmter TPR oder ein anderer Anbieter oder eine bestimmte Partei ausgewählt oder beauftragt wird, insbesondere wenn der Regierungsbeamte über eine Entscheidungsbefugnis für den jeweiligen Geschäftsvorgang verfügt.
- Der Geschäftspartner deutet an, dass Anti-Korruptionsgesetze oder -richtlinien nicht befolgt werden müssen, oder weigert sich, die Anti-Korruptionsgesetze einzuhalten.
- Der Geschäftspartner deutet an, dass ein eigentlich illegales Verhalten akzeptabel ist, weil es in einem bestimmten Land üblich ist oder der Norm entspricht.
- Der Geschäftspartner weigert sich, die Identität von wirtschaftlichen Eigentümern, Geschäftsführern, Direktoren, leitenden Angestellten oder anderen Verantwortlichen preiszugeben.
- Die Rechnungen des Geschäftspartners für Regierungsleistungen sind nicht detailliert genug (z. B. „erbrachte Leistungen“), wirken nicht offiziell oder scheinen überhöht zu sein (z. B. höher als die ausgewiesenen Sätze, höher als frühere Gebühren, unerwartete und unerklärte Erhöhungen usw.).
- Der Wunsch des Geschäftspartners, dass Zahlungen auf Bankkonten im Namen einer anderen Partei oder in einem anderen Land als dem, in dem der Geschäftspartner ansässig ist oder Dienstleistungen erbringt, geleistet werden.
- Ein TPR fordert oder erhält Provisionen oder Gebühren, die übermäßig hoch sind, nicht in einem angemessenen Verhältnis zu den zu erbringenden Dienstleistungen stehen oder im Vergleich zum Marktpreis ungewöhnlich hoch sind.
- Die Vergütungsvereinbarung mit einem TPR basiert auf einem Erfolgshonorar oder -bonus.
- Der TPR bittet darum, die Vergütung mit anderen zu teilen, deren Identität nicht bekannt gegeben wird.

**WENDEN SIE SICH AN DIE
COMPLIANCE-ABTEILUNG,
WENN SIE WEITERE
FRAGEN HABEN.**